

## **Aus der Sitzung des Gemeinderats am 20. April 2011**

Für die Sitzung entschuldigt waren Herr Gemeinderat Hans Werner, sowie Herr Gemeinderat Martin Klar zeitweise.

Zuhörerinnen und Zuhörer: Bis zu 20.

Pressevertreterin: Frau Barbara Barth von der Heilbronner Stimme.

### **1. Bürgerfragestunde**

#### **a) Stromlieferung der EnBW**

Ein Zuhörer fragte an, ob die Gemeinde Leingarten aufgrund der aktuellen Ereignisse in Japan ihre Entscheidung, den Strom vom größten AKW-Betreiber im Land, der EnBW, zu beziehen, nicht revidieren möchte.

Bürgermeister Steinbrenner antwortete, dass die Gemeinde an die Beschlüsse des Gemeinderats, wie auch an die geschlossenen Verträge mit dem Stromlieferanten gebunden ist. Die Laufzeit betrage 2 Jahre. Im Jahr 2012 werde erneut darüber beschlossen, vorab sei kein Ausstieg möglich.

#### **b) Mikrozensus**

Weiterhin wollte der Redner wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass bei der Haushaltsbefragung zum Mikrozensus fragwürdige Methoden angewandt werden, die bis zur Haftandrohung gehen.

Bürgermeister Ralf Steinbrenner erwiderte, dass hier das Landratsamt Heilbronn federführend zuständig ist und er deshalb zu diesem Thema nichts sagen möchte. Er werde die Anfrage an das Landratsamt weiterleiten. Die Frage, wie die Aufklärungspflicht von Seiten der Gemeinde aussehe, werde nach Klärung schriftlich beantwortet, sicherte Bürgermeister Steinbrenner zu.

#### **c) Raserei und zunehmender Durchgangsverkehr im Schalkweg**

Ein anderer Zuhörer beschwerte sich über zu schnelles Fahren und zunehmenden Durchgangsverkehr im Schalkweg, vor allem am Morgen und am Abend. Er fragte nach Maßnahmen, wie man dies unterbinden könne.

Bürgermeister Steinbrenner bedankte sich für den Hinweis, er werde den Sachverhalt an die Straßenverkehrsbehörde beim Landratsamt mit der Bitte um Kontrollen weiterleiten.

Der Vorredner bat darum auch in der Eppinger Straße verstärkt zu kontrollieren.

Bürgermeister Steinbrenner sicherte zu, auch dies an das Landratsamt weiterzuleiten.

#### **d) Fußweg im Heuchelberger Wald**

Ein Zuhörer erkundigte sich nach dem ausgebauten und verfestigten Waldweg auf dem Heuchelberg im Bereich des Funkmastes.

Die Verwaltung erwiderte, dass dieser Weg nur vorübergehend bis zur Fertigstellung der Baumaßnahme befestigt und ausgebaut wurde. Es bestehe eine Verpflichtung den Weg wieder zurückzubauen.

#### **e) Funkmasten**

Ein Zuhörer fragte bezüglich des Funkmasten nach, ob dieser für Mobilfunk sei und welche Strahlung von diesem zu erwarten ist.

Bürgermeister Steinbrenner wies darauf hin, dass über dieses Thema mehrfach im Gemeinderat diskutiert und auch im Mitteilungsblatt darüber informiert wurde. Der Masten sei hauptsächlich für den Behördenfunk zwischen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Eine detaillierte Antwort werde er dem Redner schriftlich zukommen lassen.

## 2. Abschluss der Jahresrechnung 2010

### GEMEINDE LEINGARTEN

#### Auszug aus dem Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2010

##### **1. Grundlagen der Haushaltswirtschaft**

Die Grundlage der Haushaltswirtschaft des Jahres 2010 bildet die am 29.01.2010 beschlossene Haushaltssatzung. Sie wurde durch Nachtragshaushaltssatzung am 24.09.2010 geändert. Für beide Satzungen hat die Rechtsaufsichtsbehörde, das Landratsamt Heilbronn, die Gesetzmäßigkeit bestätigt und die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Die Haushaltsansätze beliefen sich unter Berücksichtigung des Nachtrags

	<b>2010</b>	<b>2009</b>
im Verwaltungshaushalt auf	19.225.100 EUR	19.798.300 EUR
im Vermögenshaushalt auf	<u>4.625.000 EUR</u>	<u>8.294.800 EUR</u>
Insgesamt auf	23.850.100 EUR	28.093.100 EUR

Bedingt durch geringere Ansätze bei den Gewerbesteuereinnahmen, dem Einkommensteueranteil und den Schlüsselzuweisungen hat sich das Volumen des Verwaltungshaushalts um rd. 2,9 % vermindert. Der Vermögenshaushalt hat sich um rd. 44,2 % vermindert, was insbesondere auf einen um 2,5 Mio EUR geringeren Ansatz bei den Grundstücksverkäufen im Neubaugebiet Kappmannsgrund ost zurückzuführen ist. Das Volumen des Gesamthaushalts verminderte sich um rd. 15,1 %.

##### **2. WICHTIGE ERGEBNISSE DER JAHRESRECHNUNG 2010**

###### **2.1 Verwaltungshaushalt**

###### **2.11 Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt**

Nach der Haushaltsplanung erfordert der Ausgleich des Verwaltungshaushalts eine Zuführung des Vermögenshaushalts in Höhe von 593.500 EUR.

Tatsächlich erwirtschaftet der Verwaltungshaushalt eine Zuführung an den Vermögenshaushalt Höhe von 53.184 EUR.

Damit ergibt sich im Verwaltungshaushalt eine Verbesserung um 646.684 EUR.

Die wesentlichen Gründe für die Veränderung sind:

###### bei den Einnahmen:

Gewerbesteuermindereinnahmen (Netto)	- 119.087 EUR
Höherer Einkommensteueranteil	+ 316.584 EUR
Höhere Schlüsselzuweisungen incl. Investitionspauschale	+ 280.407 EUR

bei den Ausgaben:

Einsparungen bei den Personalausgaben

- 84.070 EUR

Im Übrigen können sämtliche Planabweichungen des Verwaltungshaushalts der Nr. 2.4 dieses Rechenschaftsberichts entnommen werden, soweit sie 5.000 EUR übersteigen.

## 2.12 Nettoaufwand für Gemeindeeinrichtungen

Nachstehend sind die Netto-Aufwendungen für Gemeindeeinrichtungen im Vergleich der letzten drei Jahre aufgeführt (Netto-Aufwendungen = laufende Betriebsausgaben abzüglich Gebühren und Entgelte). Nicht enthalten sind Investitionsausgaben und Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) für das jeweilige Anlagevermögen. Negative Beträge bedeuten, dass bei diesen Einrichtungen ein Überschuss entstanden ist.

Gemeindeeinrichtung	Angaben in EUR	
	2010	2009
Feuerwehr	95.700	81.269
Hans-Sauter-Grundschule	142.040	139.857
Eichbottschule (Grund- und Werkrealschule)	299.199	270.449
Verlässliche Grundschule	9.933	11.967
Hort an der Schule (einschl. Ferienbetreuung)	62.959	94.338
Ergänzende Betreuung Ganztageschule	141.592	47.916
Schulsozialarbeit	19.637	30.290
Bücherei	131.981	117.644
Festhalle	43.889	66.427
Vereinszimmer Eichbott	9.952	23.538
Kulturgebäude Eichbottzentrum	174.720	166.951
Heimatmuseum (ehem. Rathaus Schluchtern)	16.487	15.471
Jugendpflege (Jugendhaus MÜHLE)	151.096	112.484
Gemeindekindergärten (ohne Landeszuschuß)	1.357.466	1.246.749
Kleinkindbetreuung (Kinder unter drei Jahre)	123.861	153.943
Sportplätze	118.040	208.599
Sporthalle	81.317	86.199
Freibad	192.808	235.483
Hallenbad	214.779	240.044
Grünanlagen	328.234	318.522
Kinderspielplätze	85.043	87.725
Naherholungseinrichtungen	41.602	53.524
Straßenunterhaltung	470.384	527.826
Straßenbeleuchtung	100.777	101.925
Straßenreinigung (Winterdienst)	207.436	69.100
Unterhaltung öffentlicher Gewässer	97.958	86.504
Unterhaltung der Feldwege	34.817	47.174
Stadtbahn	137.865	49.252
Wald	- 36.749	- 20.701

Durch den jährlich stark schwankenden Umfang der erforderlichen Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten, sind die einzelnen Jahre nur bedingt vergleichbar. Weiter erhöht haben sich die Aufwendungen für die Kindergärten und für die Ergänzende Betreuung in der Ganztageschule. Rückläufig Zahlen ergeben sich beim Hort an der Schule, der 2011 auslaufen wird und bei der Kleinkindbetreuung, wo sich mit der Erhöhung des Landeszuschusses der Gemeindeaufwand vermindert hat. Deutlich höhere Kosten fielen für den Winterdienst (Witterungsbedingt) und die Stadtbahn (Übernahme des Defizits für 2008 und 2009) an. Der Rückgang bei der Straßenunterhaltung, wird sich 2011 nicht fortsetzen, weil verstärkt

*Straßeninstandsetzungen erforderlich sind. Erfreulich ist die Entwicklung beim Wald, wo erneut ein Überschuss erwirtschaftet werden konnte.*

## **2.13 Gebührenhaushalte**

### **a) Jugendmusikschule (Unterabschnitt 3330)**

*Das Defizit der Jugendmusikschule beträgt 2010 83.529 EUR (Vorjahr: 79.394 EUR), wobei sich die Schülerzahlen während des Jahres um 36 auf 232 erhöht haben. Damit konnte die vom Gemeinderat am 16.12.1994 beschlossene Vorgabe, die den Zuschussbedarf seit 1996 auf 102.258 EUR begrenzt, eingehalten werden. Im Defizit enthalten sind ein Verwaltungskostenanteil von 9.400 EUR und Verrechnungen für die Benützung der gemeindeeigenen Räume in Höhe von 20.722 EUR.*

### **b) Abwasserbeseitigung (Unterabschnitt 7000)**

*Seit dem Kommunalabgabenänderungsgesetz von 1986 sind Kostenüberdeckungen, die sich bei Gebührenhaushalten am Ende des Haushaltsjahres ergeben, innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden. Deshalb wird seit 1987 für die Abwasserbeseitigung ein Sonderabschluss gefertigt. Nach diesem Sonderabschluss betrug der vorgetragene Verlust bei der Abwasserbeseitigung zum 31.12.2009 48.775 EUR.*

*Die Abwasserbeseitigung schließt 2010 mit einem Verlust von 35.471 EUR ab. Geplant war ein Gewinn von 2.300 EUR. Gegenüber der Planung ergibt sich damit eine Verschlechterung um 37.771 EUR, die ausschließlich aus einer Verminderung des Gebührenaufkommens resultiert. Zurückzuführen ist diese Verminderung auf einen Rückgang der veranlagten Abwassermenge. Veranlagt wurden 459.928 cbm während die Planung noch von 475.000 cbm ausging.*

*Zum 31.12.2010 schließt der Sonderabschluss bei der Abwasserbeseitigung damit mit einem Verlust von 84.246 EUR ab.*

*Aufgrund der zwingend erforderlichen Einführung der sog. Gesplitteten Abwassergebühr, ist das Ergebnis der Abwasserbeseitigung im Jahr 2010 lediglich vorläufig. Zum Ende des Jahres 2011, wenn die Berechnungsgrundlagen für die Niederschlagswassergebühr feststehen, sind die Abwassergebühren rückwirkend zum 01.01.2010 neu zu kalkulieren. Dann ist auch darüber zu entscheiden, in welcher Form der Verlustvortrag in die Gebührenkalkulation einbezogen wird.*

### **a) Geschirrmobil (Unterabschnitt 7200)**

*Das Defizit beim Geschirrmobil beträgt 2010 3.026 EUR (Vorjahr: 5.259 EUR). Berücksichtigt sind dabei ein Verwaltungskostenbeitrag von 1.100 EUR und Bauhofsverrechnungen in Höhe von 2.123 EUR. Erfreulicherweise hat sich das Gebührenaufkommen aufgrund von leicht gestiegenen Ausleihzahlen gegenüber dem Vorjahr um 300 EUR auf 1.922 EUR erhöht.*

### **d) Wochenmarkt (Unterabschnitt 7310)**

*Beim Wochenmarkt entsteht 2010 ein Defizit von 1.117 EUR (Vorjahr: 846 EUR), bei einem Verwaltungskostenbeitrag von 2.100 EUR und Bauhofverrechnungen in Höhe von 130 EUR.*

### **e) Bestattungswesen (Unterabschnitt 7500)**

*Der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen beträgt 2010 lediglich 30,3 % (Vorjahr: 34,3 %). Die angestrebte Kostendeckung von 60 % wurde damit wie schon in den Vorjahren wieder deutlich unterschritten. Zurückzuführen ist die extrem niedrige Kostendeckung auf den weiteren Rückgang des Gebührenaufkommens, das 2010 mit 93.320 EUR (Vorjahr: 107,8 TEUR; 2008: 120,7 TEUR; 2007: 148,0 TEUR; 2006: 146,6 TEUR) den niedrigsten Stand der letzten Jahre erreicht hat. Ursächlich dafür ist zum einen die mit 70 weiterhin geringe Anzahl der Bestattungen. Hinzu kommt, dass 2010 der Anteil der Urnenbestattungen mit 57 % erstmals höher*

war als der Anteil der Erdbestattungen. Im Vorjahr war das Verhältnis noch genau umgekehrt. Auch hier zeigt sich der sich weiter verstärkende Trend zu kostengünstigen und möglichst pflegefreien Bestattungsformen. Um dem Rechnung zu tragen wird eine Konzeption zur Einführung von sog. alternativen Bestattungsformen erstellt werden über deren Umsetzung der Gemeinderat zu entscheiden hat. Darüber hinaus wurden zum 01.01.2011 die Gebühren im Bestattungswesen maßvoll erhöht. Ob dadurch auf Dauer der angestrebte Kostendeckungsgrad von 60 % zu erreichen ist, erscheint zumindest fraglich.

## 2.2 Vermögenshaushalt

### 2.21 Schwerpunkte

#### a) Zahlenmäßige Darstellung

Nachstehend sind die Schwerpunkte des Vermögenshaushalts 2010 im Einzelnen aufgeführt und zwar ab einem Betrag von 25.000 EUR. Die Angaben verstehen sich incl. der Haushaltsreste. Angegeben sind nicht die Gesamtkosten der Maßnahmen, sondern die im Haushaltsjahr 2010 angefallenen Ausgaben. Negative Beträge bei den Ausgaben bedeuten, dass sich durch die Auflösung von Haushaltsresten Einsparungen ergeben haben. Negative Einnahmebeträge sind Mindereinnahmen gegenüber der Haushaltsplanung, ebenfalls hervorgerufen durch die Auflösung von Haushaltsresten.

#### Einnahmen

Beitrag Erschließungsträger für Ausgleichsmaßnahmen	172.084 EUR
Sanierungszuschuss Großgartach II	62.841 EUR
Sanierungszuschuss für Rathausneubau	360.000 EUR
Beitrag Erschließungsträger für Gestaltung Verkehrskreisel Kappmannsgrund Ost	29.576 EUR
Zuschuss für Weg Stadtbahnhaltestelle Mitte zur Eppinger Straße	- 142.800 EUR
Zuschuss für Weg Stadtbahnhaltestelle Ost zum Gewinn Klingelbrunnen	- 65.200 EUR
Rückzahlung eines Kaufpreisdarlehens (für Erwerb Eppinger Str. 138)	50.232 EUR
Grundstückserlöse Erweiterung Gewerbegebiet B 293 Nord – 1. Bauabschnitt	193.131 EUR
Grundstückserlöse Neubaugebiet Kappmannsgrund Ost – 3. Bauabschnitt	511.845 EUR
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	53.184 EUR
Kreditaufnahmen (ausschließlich Haushaltsrest)	1.992.200 EUR
Fehlbetrag	232.887 EUR

#### Ausgaben

Erwerb eines neuen Feuerwehrfahrzeuges HLF 10/6	300.000 EUR
Umbau der Scheune beim Feuerwehrhaus Südstraße	28.500 EUR
Dacherneuerung Kindergarten Trautenbusch - Rest (Konjunkturpaket II)	60.013 EUR
Ortssanierung Großgartach II	104.734 EUR
Rathausneubau	2.000.000 EUR
Außenanlagen Rathaus mit Marktplatzgestaltung (Planungskosten)	50.000 EUR
Erneuerung (Instandhaltung) der Badener Straße	- 280.000 EUR
Weg Stadtbahnhaltestelle Mitte zur Eppinger Straße	- 152.953 EUR
Weg Stadtbahnhaltestelle Ost zum Gewinn Klingelbrunnen	- 76.436 EUR
Investitionskostenanteil an Zweckverband Hochwasserschutz Leintal	57.913 EUR
Tilgungsumlage Zweckverband Abwasserbeseitigung Leintal	142.470 EUR
Oberflächenentwässerung Große Hohle (Rest)	38.427 EUR
Kanalaufdimensionierung Dieselstraße bei Firma Dautel (Rest)	44.863 EUR
Allgemeine Grundstückskäufe (insbes. für Saarlandstraße)	526.502 EUR
Erschließungskostenbeitrag Neubaugebiet Rosenberger/Kappmannsgrund Ost	142.000 EUR
Erschließungskostenbeitrag Gewerbegebiet B 293 Nord – 1. Bauabschnitt	153.383 EUR
Tilgungsausgaben	173.826 EUR

## b) Erläuterungen zu einzelnen Maßnahmen

### **Einzelplan 1: Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

#### Erwerb eines neuen Feuerwehrlöschfahrzeuges HLF 10/6

Mit Bescheid vom 15.06.2010 wurde für die Beschaffung eines Feuerwehrlöschfahrzeuges HLF 10/6 ein Landeszuschuss in Höhe von 66.000 EUR bewilligt, der im Jahr 2014 ausbezahlt wird. Für den Fahrzeugkauf sind im Haushalt 2010 insgesamt 300.000 EUR veranschlagt. Der Betrag wird als Haushaltsausgabereinstellung ins Jahr 2011 übertragen.

### **Einzelplan 2: Schulen**

#### Dachraumerneuerung in der Hans-Sauter-Grundschule

Die Dachraumerneuerung wurde 2010 abgeschlossen. Dafür wurde eine Zuwendung nach dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes (Konjunkturpaket II) in Höhe von 95.500 EUR bewilligt. Die Zuwendung ist 2010/2011 in voller Höhe eingegangen. Für die Sanierungsmaßnahme betrug der Kostenvoranschlag 155 TEUR. Dieser Kostenvoranschlag wird voraussichtlich um 13.603 EUR überschritten werden, so dass sich die Gesamtkosten auf 168.603 EUR belaufen werden.

### **Einzelplan 4: Soziale Sicherung**

#### Erneuerung des Daches des Kindergartens Trautenbusch

Für diese Maßnahme wurde aus dem Konjunkturpaket II eine Zuwendung in Höhe von 155.182 EUR bewilligt und 2010 ausbezahlt. Die Kostenberechnung belief sich auf 330 TEUR. Dieser Kostenrahmen ist 2010 vollständig ausgeschöpft worden. Im Haushaltsjahr 2011 werden für die Abrechnung der Maßnahme noch rd. 20 TEUR anfallen, die im Nachtrag 2011 zu finanzieren sind. Insgesamt ergeben sich damit für die Maßnahme Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 350 TEUR.

### **Einzelplan 6: Bau- und Wohnungswesen, Verkehr**

#### Ortssanierung Großgartach

Für den Sanierungsbereich „Großgartach Ortskern II“ wurden mit Bescheid vom 10.05.2010 die Zuschussmittel auf 4,3 Mio EUR aufgestockt. Mit Bescheid vom 02.03.2011 wurde eine weitere Aufstockung um 350 TEUR bewilligt, verbunden mit einer Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis 31.12.2012. Von dem bewilligten Sanierungszuschuss waren bis zum Jahresende 2010 insgesamt 3,497 Mio EUR ausbezahlt. Für die im Jahr 2010 angefallenen förderfähigen Maßnahmen stehen noch beantragte Zuschussauszahlungen in Höhe von 215 TEUR aus.

2010 betragen die Sanierungsaufwendungen (ohne Rathausneubau) rd. 105 TEUR. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass darin ein Beitrag des Landes für die Grunderwerbskosten des Kreisels Karlsruher Straße in Höhe von rd. 237 TEUR abgesetzt wurde, was abrechnungstechnisch erforderlich war. Die tatsächlich 2010 angefallenen Sanierungsaufwendungen belaufen sich deshalb auf insgesamt 342 TEUR. Davon entfallen rd. 91 TEUR auf die Mietkosten für das Interimsrathaus, rd. 60 TEUR auf private Sanierungsmaßnahmen, rd. 82 TEUR auf den Abbruch des Alten Rathauses und rd. 55 TEUR auf den Parkplatz (einschl. der Gebäudeabbrüche) Kelterplatz.

## Rathausneubau

Bis Ende 2010 waren für den Rathausneubau Kosten in Höhe von 1.410.392 EUR angefallen. Die letzte Kostenberechnung datiert vom 13.01.2010 und endet mit 5,281 Mio EUR. Dieser Betrag ist bis 2012 finanziert. Danach sind bisher nur Kostenprognosen erstellt worden. Die letzte Fortschreibung (Gemeinderat, 15.03.2011) basiert auf dem Planungsstand 25.02.2011 und endet mit 5,390 Mio EUR. Sie liegt also um 109 TEUR über dem bisher finanzierten Betrag.

## Wege zu den Stadtbahnhaltestellen

Im Jahre 2006 wurden die zusätzlichen Fuß- und Radwegverbindungen zu den Stadtbahnhaltestellen Leingarten-Ost und Leingarten-Mitte erstellt. Für beide Maßnahmen wurde nach Mitteilung des Stadtbahnbetreibers, der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG), eine Förderung durch das Innenministerium Baden-Württemberg bewilligt. Bisher wurde davon ausgegangen, dass für die Maßnahmen eine eigene Abrechnung durch die AVG erstellt wird. Damit ist nicht mehr zu rechnen. Die Abrechnung der Wegemaßnahmen wird im Zusammenhang mit der Gesamtabrechnung für die Stadtbahninvestitionen erfolgen. Die als Haushaltsreste sowohl für die Ausgaben als auch für die Zuschusseinnahmen vorhandenen separaten Planansätze werden deshalb im Rechnungsjahr 2010 aufgelöst.

## **Einzelplan 7: Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung**

### Investitionskostenanteile für die Stadtbahn

Im Haushaltsjahr 2010 wurde von der Albtal-Verkehrsgesellschaft ein weiterer Kostenanteil in Höhe von 13 TEUR angefordert. Von den bis 2008 finanzierten Kosten von 4,27 Mio EUR sind damit bis heute 4,11 Mio EUR abgerufen, wovon der Landkreis Heilbronn 50 % übernommen hat.

## **Einzelplan 8: Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen**

### Allgemeiner Grundstücksverkehr

Die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken betragen im Haushaltsjahr 2010	526.502 EUR
An Grundstücks-Verkaufserlösen konnten erzielt werden	<u>8.790 EUR</u>
Insgesamt wurden also mehr ausgegeben als eingenommen.	517.712 EUR

Gekauft wurden insbesondere die Grundstücke Kelterstraße 5 und Bergstraße 10. Außerdem wurden für die Verlängerung der Saarlandstraße zahlreiche Grundstücke erworben. Der Aufwand dafür betrug insgesamt 234.932 EUR wovon später im Zuge der Förderung der Straßenmaßnahme 70 % bezuschusst werden.

### Grundstückserlöse für Bauplätze in den Neubaugebieten

Der Verkauf der Bauplätze in den Neubaugebieten „Erweiterung Gewerbegebiet B 293 Nord – 1. BA“ und „Kappmannsgrund Ost – 3. BA“ konnte 2010 nicht in dem geplanten Umfang realisiert werden. Es ergaben sich gegenüber den Planansätzen erhebliche Mindereinnahmen in Höhe von 1.125.024 EUR.

## 2.22 Ergebnis des Vermögenshaushalts

Das Ergebnis des Vermögenshaushalts im Rechnungsjahr 2010 errechnet sich wie folgt:

Verbesserungen	+ 1.333.531 EUR
Verschlechterungen	<u>- 1.566.418 EUR</u>
Fehlbetrag im Vermögenshaushalt 2010	232.887 EUR

Nach § 23 der Gemeindehaushaltsverordnung soll dieser Fehlbetrag unverzüglich gedeckt werden. Er ist spätestens im dritten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu veranschlagen.

Wesentliche Veränderungen im Vermögenshaushalt ergaben sich bei:

### Einnahmen

Sanierungszuschuss Großgartach II	- 87.159 EUR
Zuschuss Weg Stadtbahnhaltestelle Mitte zur Eppinger Straße	- 142.800 EUR
Zuschuss Weg Stadtbahnhaltestelle Ost zum Klingelbrunnen	- 65.200 EUR
Grundstückserlöse Gewerbegebiet B 293 Nord	- 136.869 EUR
Grundstückserlöse Kappmannsgrund Ost – 3. BA	- 988.155 EUR
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	+ 53.184 EUR

### Ausgaben

Ortssanierung Großgartach II	- 173.266 EUR
Weg Stadtbahnhaltestelle Mitte zur Eppinger Straße	- 152.953 EUR
Weg Stadtbahnhaltestelle Ost zum Klingelbrunnen	- 76.436 EUR
Investitionskostenanteile Zweckverband Hochwasserschutz Leintal	- 195.087 EUR
Zuführung an Verwaltungshaushalt	- 593.500 EUR

Sämtliche Planabweichungen des Vermögenshaushalts können der Nr. 2.4 dieses Rechenschaftsberichts entnommen werden, soweit sie 5.000 EUR übersteigen.

## 3. VERMÖGEN UND SCHULDEN

### 3.1 Allgemeine Rücklage

Stand 01.01.2010	418.885 EUR
Zuführung/Entnahme 2010	<u>0 EUR</u>
Stand 31.12.2010	418.885 EUR

Der Rücklagenbestand liegt mit 19.885 EUR nur geringfügig über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbetrag, der für das Haushaltsjahr 2010 399.000 EUR beträgt. Dies bedeutet, dass zur Finanzierung von Investitionen aus der Allgemeinen Rücklage keine Mittel zur Verfügung stehen.



### 3.2 Schulden

#### a) Schulden des Gemeindehaushalts

Der Schuldenstand betrug am Jahresanfang		3.211.323 EUR,
die Tilgungsausgaben (ohne Umschuldungen)		
betragen im Haushaltsjahr 2010	173.826 EUR,	
Kredite tatsächlich neu aufgenommen wurden	<u>0 EUR,</u>	
so dass 2010 eine Verminderung der Verschuldung um		<u>173.826 EUR</u>
eingetreten ist.		
Der tatsächliche Schuldenstand beträgt am 31.12.2010		<b>3.037.497 EUR.</b>

Dies entspricht einer Verschuldung je Einwohner von 281 EUR. Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, dass zum deckungsmäßigen Haushaltsausgleich für 2010 bei den Krediten ein Haushaltseinnahmerest in Höhe von 2.129.938 EUR erforderlich wird. Bei Berücksichtigung dieses Kreditrestes beträgt die Verschuldung je Einwohner Ende 2010 479 EUR (zum Vergleich: Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden 2009: 345 EUR).

#### b) Kreditanteil beim Zweckverband Abwasserbeseitigung Leintal

Der Anteil der Gemeinde an den Krediten des Zweckverbands, zählt formal nicht zu den Schulden der Gemeinde. Ausgabewirksam wird der Schuldendienst (Zins und Tilgung) dieses Kreditanteils jedoch wie der der Gemeindedarlehen, da der Schuldendienst alleine von der Gemeinde Leingarten aufzubringen ist.

Nach den Unterlagen des Zweckverbands betrug der Anteil Leingartens an den Krediten des Verbandes am 01.01.2010		2.389.618 EUR
Die Tilgungsausgaben 2010 betragen	142.470 EUR.	
Kredite tatsächlich neu aufgenommen wurden	<u>0 EUR,</u>	
so dass 2010 eine Verminderung der Verschuldung um		<u>142.470 EUR</u>
eingetreten ist.		
Der Anteil Leingartens an den Krediten des Zweckverbands		
Abwasserbeseitigung Leintal beträgt am 31.12.2010		<b>2.247.148 EUR</b>
oder 208 EUR je Einwohner.		

### 4. SCHLUSSBEMERKUNG

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2010 ist nicht zufriedenstellend. Aufgrund von erheblichen Mehreinnahmen beim Einkommensteueranteil und den Schlüsselzuweisungen konnte im Verwaltungshaushalt eine Zuführungsrate von 53 TEUR erwirtschaftet werden, wobei die Planung noch von einer negativen Zuführung in Höhe von 593.500 EUR ausging. Trotz dieser Verbesserung im Verwaltungshaushalt gelang es nicht den Vermögenshaushalt auszugleichen, weil die eingeplanten Grundstückserlöse in erheblichem Umfang nicht realisiert werden konnten. Der sich ergebende Fehlbetrag in Höhe von 233 TEUR ist nach den gesetzlichen Vorschriften unverzüglich, spätestens im dritten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr auszugleichen.

Die Liquidität der Gemeindekasse war 2010 permanent angespannt. Es waren nahezu ständig Kassenkredite erforderlich, die allerdings mit Zinssätzen deutlich unter zwei Prozent relativ günstig zu bekommen waren. Deshalb wurde auch eine bereits getätigte Darlehensaufnahme bei der L-Bank bisher noch nicht vollzogen, weil die dortige zehnjährige Zinsbindung von 2,0 % ungünstiger ist als die derzeitigen Kassenkreditzinsen.

Bürgermeister Ralf Steinbrenner erläuterte kurz das Ergebnis der Jahresrechnung. Kämmerer Eberhard Seiz gab den aktuellen Stand der Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 4.025.460 Euro bekannt.

In der anschließenden Diskussion meinte eine Rednerin zum vorliegenden Rechenschaftsbericht „noch mal Glück gehabt“. Weiter führte sie aus, dass der teure Winterdienst bitter sei. Auch unterstütze sie die Aussage des Kämmersers, dass mehr Mittel für die Straßen- und Wegeunterhaltung nötig sind.

An die Leiterin der Jugendmusikschule sprach sie ein Lob für die gute Arbeit aus. Sie hoffe, dass es in Zukunft keine Raumnot gibt.

Problematisch sehe sie die Nachkalkulation für das Abwasser. Die Vorgehensweise sei zwar allen bewusst, dennoch hoffe Sie, dass keine bösen Überraschungen folgen.

Auf die Frage der Rednerin, wie die Wege zu den Stadtbahnhaltestellen abgerechnet werden, erwiderte Kämmere Eberhard Seiz, dass er davon ausgehe, dass diese in die Gesamtabrechnung mit einfließen.

Abschließend bedankte sie sich bei Herrn Seiz für die Ausführungen.

Ein weiterer Redner bedankte sich zunächst beim Kämmere für die Klarheit und Verständlichkeit des Berichts. Dann fragte er an, wie die Mehrkosten für den Rathausneubau gedeckt werden.

Diese, so Bürgermeister Steinbrenner, werden über Kredite und Mittel aus dem Landessanierungsprogramm finanziert.

Weiter interessierte sich der Redner für die Mehrkosten aufgrund des Hochwassereinsatzes, die Abrechnungsart bei Bauhofverrechnungen, sowie die Darstellung der Kosten für den neuen Belag des Kraichgauwegs.

Die Verwaltung teilte dazu mit, dass eine Gesamtsumme des Hochwassereinsatzes nicht genannt werden könne, da hier viele Bereiche betroffen waren und ein Teil der Kosten auch durch die Versicherung abgedeckt wurde. Eine genaue Ermittlung der Kosten sei deshalb nicht möglich. Man könne aber von einem 6-stelligen Betrag ausgehen. Die Bauhofverrechnungen, so Bürgermeister Steinbrenner, werden nach Stundenaufwand verrechnet. Die Abrechnung für den neuen Belag des Kraichgauwegs erläuterte Kämmere Eberhard Seiz.

Weiter stellte der Redner fest, dass die Verschuldung je Einwohner in Leingarten über dem Landesdurchschnitt liegt, dies sei nicht zufrieden stellend.

Abschließend wies der Redner darauf hin, dass man sich bei den Einnahmen zukünftig nicht mehr zu sehr auf Grundstückserlöse verlassen sollte. Dies sei ein Ausverkauf des Bodens auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Eine andere Rednerin bedankte sich ebenfalls beim Kämmere und der Verwaltung für den ausführlichen Bericht.

Auch ihr seien die hohen Ausgaben für Straßenreinigung und Winterdienst aufgefallen. Diese lassen sich aber nicht vermeiden und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger müsse hier im Vordergrund stehen.

Weiter wurden Fragen zu den Gewerbesteuererinnahmen und den Kosten für den neuen Personalausweis beantwortet.

Ein anderer Redner dankte auch Herrn Seiz für die gute Arbeit. Er hatte noch zwei kurze Fragen zur Abrechnung der Verbreiterung des Bahnübergangs in der Leinbachstraße, sowie zur Abwicklung von Fehlbeträgen, welche vom Kämmere ausführlich erläutert wurden.

Ein weiterer Redner zitierte aus der Schlussbemerkung des Rechenschaftsberichts und äußerte sich kritisch über den vorhandenen Fehlbetrag in Höhe von 233.000 Euro.

Auch halte er die Rückabrechnung bei den Abwassergebühren für nicht glücklich.

Kämmere Eberhard Seiz stimmte dem zu und wies darauf hin, dass keine andere Möglichkeit bestehe. Das Urteil sei bindend aber leider nicht schneller umsetzbar.

Weiter erkundigte sich der Redner nach den Mehrausgaben für Fremdreinigung. Hier erklärte die Verwaltung, dass diese größtenteils durch krankheitsbedingte Ausfälle des eigenen Personals angefallen sind.

Der Redner teilte abschließend mit, dass er auf den Nachtragshaushalt sehr gespannt sei.

Ein anderer Redner fragte nach, ob man die Nachberechnung beim Abwasser nicht hätte lassen können.

Dies verneinte Kämmere Seiz, dies wäre nur möglich, wenn alle Schuldner eingewilligt hätten, was bei über 4000 Gebührenpflichtigen praktisch unmöglich sei.

Zu der Verdreifachung der Kosten beim Winterdienst erkundigte sich der Redner, ob diese vorwiegend auf den erhöhten zeitlichen Einsatz oder auf die Verteuerung beim Salz zurückzuführen sind. Er merkte auch an, dass seiner Meinung nach auch etwas weniger Salz hätte gestreut werden können.

Bürgermeister Steinbrenner erwiderte, dass sich die Mehrkosten hauptsächlich aus Personalkosten zusammensetzen, wobei der Personaleinsatz beim Winterdienst seit dem Jahr 2005 deutlich reduziert wurde. Er erinnerte daran, dass im Winter vom Gemeinderat immer wieder angefragt wurde, warum bestimmte Straßen nicht gestreut werden. Die Beschwerde, es würde zu viel gestreut, könne er deshalb, nur wenige Monate später, nicht nachvollziehen.

Kämmerer Seiz fügte hinzu, dass die Kosten für den Bauhofeinsatz im Winterdienst im Jahr 2010 bei 155.565,11 Euro lagen im Vergleich zu 2009 mit 44.439 Euro. Das Salz habe im Jahr 2010 43.510,31 Euro gekostet und im Jahr 2009 14.799 Euro.

In der abschließenden Abstimmung wurde den folgenden Beschlussanträgen einstimmig zugestimmt:

### **Beschlussanträge**

a) Den im Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2010 dargestellten und erläuterten über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt.

b) Die Jahresrechnung 2010 wird wie folgt festgestellt:

### **I. Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung**

	Verwaltungshaushalt in EUR	Vermögenshaushalt in EUR	Gesamthaushalt in EUR
1. Solleinnahmen	19.193.660,65	1.915.405,94	21.109.066,59
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	2.630.165,80	2.630.165,80
3. Zwischensumme	19.193.660,65	4.545.571,74	23.739.232,39
4. ab: Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	1.118.692,38	1.118.692,38
5. Bereinigte Solleinnahmen	19.193.660,65	3.426.879,36	22.620.540,01
6. Sollausgaben	19.193.660,65	4.497.136,00	23.690.796,65
7. Neue Haushaltsausgabereste	0,00	1.828.494,90	1.828.494,90
8. Zwischensumme	19.193.660,65	6.325.630,90	25.519.291,55
9. ab: Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	0,00	2.898.751,54	2.898.751,54
10. Bereinigte Sollausgaben	19.193.660,65	3.426.879,36	22.620.540,01
11. Differenz (Nr.10-Nr.5)	0,00	0,00	0,00
<b>II. Haushaltsfremde Vorgänge</b> Einnahmen und Ausgaben			4.398.882,03
<b>III. Gesamtanordnungssoll</b>			27.019.422,04

#### IV. Vermögensübersicht

Vermögensstand	zu Beginn des H.H.J. in EUR	am Ende des H.H.J. in EUR
Geldanlagen	0	0
Kapitalvermögen	464.067	512.224
Allgemeine Rücklage	418.885	418.885
Kredite	3.211.323	3.037.497

#### Kurzübersicht über das Ergebnis des Verwaltungshaushalts

Bezeichnung	Ergebnis 2010 in EUR	Planansatz 2010 in EUR	Vergleich 2010 mehr (+)/ weniger (-) in EUR	Ergebnis 2009 in EUR
<b>1. Einnahmen</b>				
Grundsteuern	1.472.068	1.471.500	+568	1.457.390
Gewerbesteuer	3.160.201	3.300.000	-139.799	3.102.142
Einkommensteueranteil	4.647.084	4.330.500	+316.584	4.666.729
Umsatzsteueranteil	358.772	359.000	-228	357.156
Sonstige Steuern u.ä.	56.385	57.000	-615	56.945
Schlüsselzuweisungen	1.377.674	1.168.700	+208.974	1.824.420
Kommunale Investitionspauschale	456.834	385.400	+71.434	361.477
Familienleistungsausgleich	527.018	493.900	+33.118	390.597
Gebühren u.ä. Entgelte	2.050.878	2.147.400	-96.522	2.088.855
Verwaltungs-u.Betriebseinnahmen,Mieten	356.034	252.900	+103.134	321.517
Erstattungen	107.764	106.000	+1.764	132.928
Innere Verrechnungen	1.685.752	1.681.900	+3.852	1.589.433
Kalkulatorische Einnahmen	1.445.765	1.463.800	-18.035	1.449.850
Zuweisungen und Zuschüsse	1.066.202	992.800	+73.402	854.545
Zinseinnahmen	5.070	10.000	-4.930	9.691
Konzessionsabgaben u.ä.	420.160	410.800	+9.360	475.198
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0	593.500	-593.500	0
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>19.193.661</b>	<b>19.225.100</b>	<b>-31.439</b>	<b>19.138.873</b>
<b>2. Ausgaben</b>				
Personalausgaben	4.996.930	5.081.000	-84.070	4.750.932
Grundstücks- u. Gebäudeunterhaltung	881.639	858.200	+23.439	1.052.322
Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude	817.564	833.300	-15.736	864.908
Steuern, Geschäftsausgaben u.a.	495.606	474.100	+21.506	519.979
Erstattungen von Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	106.052	97.800	+8.252	97.180
Sonst. Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	663.483	697.800	-34.317	562.974
Innere Verrechnungen	1.685.752	1.681.900	+3.852	1.589.433
Kalkulatorische Kosten	1.445.765	1.463.800	-18.035	1.449.850
Betriebsumlage Abwasserverband Leintal	427.549	434.900	-7.351	423.543
Zuweisungen und Zuschüsse	803.553	735.300	+68.253	601.967
Zinsausgaben	142.133	147.600	-5.467	172.943
Zinsumlage Abwasserverband Leintal	92.478	103.100	-10.622	94.795
Gewerbesteuerumlage	648.689	669.400	-20.711	552.478
Finanzausgleichsumlage	2.680.137	2.693.800	-13.663	2.373.989
Kreisumlage	3.253.147	3.253.100	+47	2.934.028
Zuführung zum Vermögenshaushalt	53.184	0	+53.184	1.097.552
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>19.193.661</b>	<b>19.225.100</b>	<b>-31.439</b>	<b>19.138.873</b>

### **3. Grundsatzentscheidung zur Verkehrssituation Eppinger Straße/Dieselstraße** **- Beschlussfassung -**

*Bei der Gemeinderatssitzung am 12.11.2003 wurde dem Gremium vom Ingenieurbüro Mörgenthaler für den Verkehrsknotenpunkt Eppinger Straße/Dieselstraße eine Verkehrsuntersuchung vorgestellt. Im Rahmen dieser Präsentation wurde auf die Verkehrsbelastung in der Spitzenstunde, welche zwischen 16:00 und 18:00 Uhr ca. 660 Fahrzeuge in der Dieselstraße und 1.000 Fahrzeuge in der Eppinger Straße beträgt, eingegangen.*

*Mehrere Varianten wurden als Lösungsmöglichkeiten für diesen Knotenbereich untersucht und dem Gremium vorgestellt. Letztendlich hat sich hierbei eine Fokussierung auf die Variante Verkehrskreisel ergeben. Die Verwaltung hat daraufhin zahlreiche Gespräche mit dem Straßenbauamt Heilbronn hierzu geführt.*

*Aufgrund der schwierigen Grundstücksverhältnisse mussten mehrere Varianten untersucht und abgewogen werden. Im Mai 2006 wurde die Verwaltung beauftragt konkrete Grundstücksverhandlungen für eine Realisierung der Kreisverkehrsanlage zu führen. Hierbei gab es massive Widerstände was weitere Umplanungen erforderlich machte.*

*Nachdem vom Straßenbauamt über 7 Jahre hinweg unterschiedliche Auffassungen bezüglich Lage und Radius des Verkehrskreisels, zusätzliche Anbindung an die Eppinger Straße sowie finanzielle Beteiligung vorherrschten, hat man nun nach langem Hin und Her eine Einigung gefunden. Dem Gemeinderat konnte deswegen am 25.01.2011 die positive schriftliche Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart vorgelegt werden.*

*Demnach werde sich das Land auf Grund der finanziellen Lage allerdings nur an den Kosten einer Lichtsignalanlage beteiligen. Da die Untersuchung vom Ingenieurbüro Mörgenthaler gezeigt hat, dass eine Lichtsignalanlage in der Lage ist den Verkehr auch in der Spitzenstunde noch mit befriedigender Qualität zu bewältigen.*

*Die Mehrkosten zum Verkehrskreisel sind folglich von der Gemeinde Leingarten zu tragen.*

*Das Büro Mörgenthaler Ingenieure hat deshalb von der Gemeinde den Auftrag erhalten die bereits vorhandene Untersuchung bezüglich der Verkehrssituation des Verkehrsknotenpunktes Eppinger Straße/Dieselstraße zu aktualisieren und mit Hinblick auf die Varianten Ampelanlage und Verkehrskreisel erneut zu bewerten. Weiter wurde beauftragt die Verkehrssituation bei einer Realisierung der Südostumfahrung darzustellen.*

*Herr Carsten Dietz vom Büro Mörgenthaler Ingenieure wird bei der Sitzung anwesend sein, die Untersuchung präsentieren und für Fragen aus der Mitte des Gemeinderats zur Verfügung stehen.*

#### **Beschlussantrag:**

- 1. Zur Lösung des Verkehrsproblems am Verkehrsknotenpunkt Eppinger Straße/Dieselstraße wird ein Verkehrskreisel realisiert.*
- 2. Der noch für eine Freifläche ausstehende Grunderwerb zur Realisierung einer Kreisverkehrsanlage an der Ecke Eppinger Straße/Dieselstraße wird getätigt.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Ralf Steinbrenner Herrn Carsten Dietz vom Büro Mörgenthaler. Dieser erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation die Vorlage und das Projekt näher. Er stellte fest, dass der Knotenpunkt Dieselstraße überlastet ist. Im weiteren Vortrag erläuterte er die zwei möglichen Varianten sehr ausführlich.

Variante 1 sei eine befriedigende Lösung mittels einer Lichtsignalanlage, welche rund 60.000 Euro kosten würde. Die zweite und qualitativ bessere Variante sei der Bau einer Kreisverkehrsanlage, welche die Gemeinde

rund 260.000 Euro kosten würde. Allerdings würde sich das Land lediglich anteilig an den Baukosten für die Lichtsignalanlage beteiligen.

Die Vor- und Nachteile fasste Herr Dietz wie folgt zusammen:

- Kreisverkehr leistungsfähiger als Einmündung mit Lichtsignalanlage - Rückstaulängen sind beim Kreisverkehr mit und ohne SOU geringer
- Verkehrsfluss und damit auch Umweltbeeinträchtigungen beim Kreisverkehr günstiger als bei der Einmündung mit Lichtsignalanlage
- Kreisverkehr wirkt geschwindigkeitsdämpfend
- Bei einer Einmündung mit Lichtsignalanlage verschlechtert sich der Verkehrsfluss auf der Eppinger Straße gegenüber heute
- Ausfahrt aus Gebäude 41 beim Kreisverkehr nur nach rechts möglich
- Für den Kreisverkehr ist zusätzlicher Grunderwerb erforderlich
- Einmündung mit Lichtsignalanlage kostengünstiger als Kreisverkehr
- Zu- und Ausfahrtssituation Gebäude 39 und 41 bei Einmündung mit Lichtsignalanlage sehr ungünstig bzw. unsicher

In der anschließenden Diskussion dankte eine Rednerin für die anschauliche Erklärung des Projekts. Das Fazit des Vortrags, dass die Variante Kreisverkehr die bessere Lösung ist, entspreche den Vorstellungen des Gemeinderats. Sie regte an, mit dem Regierungspräsidium noch einmal in Kontakt zu treten und über eine höhere Kostenbeteiligung zu sprechen.

Eine weitere Rednerin merkte an, dass im Vortrag die Radfahrer und Fußgänger etwas zu kurz gekommen seien. Auch erkundigte sie sich danach, wie schnell die Lösung umgesetzt werden kann und ob es eventuell auch zügig umsetzbare Zwischenlösungen gibt.

Bürgermeister Steinbrenner erwiderte, dass eine Zwischenlösung mehrfach abgelehnt wurde und daher nicht realisierbar ist.

Ein anderer Redner sprach sich ebenfalls für die Variante 2 mit der Kreisverkehrsanlage aus. Die Frage, ob in den genannten Kosten auch die Kosten für den Grunderwerb berücksichtigt sind, verneinte Bürgermeister Steinbrenner.

In Anbetracht des LKW-Verkehrs bat der Redner darum darauf zu achten, den Kreisverkehr so groß wie nur möglich zu realisieren.

Ein weiterer Redner machte deutlich, dass es wichtig sei, jetzt eine Entscheidung zu treffen. Die Mehrkosten müssen in Kauf genommen werden. Er spreche sich auch für die Variante 2 aus.

Ein anderer Redner sprach die Einmündung der Eppinger Straße in den ehemaligen Ortsteil Schluchtern an. Hier wäre auch denkbar, dass die Abbieger, die in Richtung Kirchhausen fahren möchten nicht links abbiegen dürfen, sondern nur über den Kreisverkehr fahren.

Herr Dietz vom Büro Mörgenthaler hält dies für eine mögliche Lösung, wobei er zunächst abwarten würde, wie sich der Verkehr in diesem Bereich entwickelt. Im Nachhinein könne man immer noch ordnungspolitisch reagieren.

Einem weiteren Redner war das Thema Radfahrer und Fußgänger sehr wichtig. Er bat hier noch einmal um Erläuterung der Fuß- und Radwege beider Varianten.

Bürgermeister Steinbrenner versicherte, dass auch der Verwaltung die Fuß- und Radwege wichtig sind. In einer nach dem Grundsatzbeschluss folgenden detaillierten Planung werden diese genauer und auch mit Maßen dargestellt sein.

Weitere Redner stimmten den Vorrednern zu und sprachen sich für die Lösung mittels des Kreisverkehrs aus. Die Mehrkosten sollten nochmals an das Regierungspräsidium herangetragen werden.

Ein Redner merkte an, dass er nicht nachvollziehen könne, dass man an der Abfahrt der B 293 die LKWs auch in die südliche Einfahrt des Gewerbegebiets über die Dieselstraße führt. Dies hätte seiner Meinung nach nicht sein müssen.

Ein Redner äußerte sich kritisch zu den vorgeschlagenen Lösungen. Diese könnten noch optimiert werden. Er würde gerne abwarten, bis die finanzielle Situation besser ist.

Daraufhin wünschten mehrere Redner eine schnellst mögliche Umsetzung der Lösung.

Auf die Frage einer Rednerin, ob sich die Gemeinde das Bauvorhaben leisten könne, teilte Kämmerer Seiz mit, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2013 250.000 Euro eingeplant sind.

In der abschließenden Abstimmung wurde über die Beschlussanträge 1. und 2. getrennt abgestimmt.

Beschlussantrag 1. wurde vom Gremium einstimmig angenommen.

Beschlussantrag 2. wurde mit 14 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen beschlossen.

#### 4. Neubau Rathaus – abschließende Bemusterung der Bodenbeläge

*Wir verweisen auf die Gemeinderatssitzungen vom 27.08.2010 und 24.09.2010. Seinerzeit hat der Gemeinderat folgende Bodenbeläge beschlossen:*

<i>Büroräume</i>	<i>- Teppichbodenmuster Nr. 7 der Fa. Nordpfeil (Produkt Polo, Farbe 8809 oder glw.)</i>
<i>Sitzungssaal</i>	<i>- Parkett (Weisbuche)</i>
<i>Trauzimmer</i>	<i>- Parkett (Weisbuche)</i>
<i>Küchen</i>	<i>- Fliese (Deutsche Steinzeug AG, Agrob Buchtal, plural +3, dunkelbraun oder glw.)</i>
<i>Putzräume</i>	<i>- Fliese (Deutsche Steinzeug AG, Agrob Buchtal, plural +3, dunkelbraun oder glw.)</i>
<i>Registatur</i>	<i>- Fliese (Deutsche Steinzeug AG, Agrob Buchtal, plural +3, dunkelbraun oder glw.)</i>
<i>Sanitärbereiche</i>	<i>- Fliese (Fa. Villeroy &amp; Boch, Bernina, braun oder glw.)</i>
<i>Räume UG</i>	<i>- Estrich beschichtet</i>

*Für die Bereiche Foyer und Atrium ist beabsichtigt eine Feinsteinfliese Typ "Crema Europa" aus der "Pietre High-Tech"-Kollektion des Herstellers Ariostea zu verlegen. Diese ist in großen Formaten bis 120x60cm verfügbar, so dass das Verlegemuster des Belags des Marktplatzes adaptiert werden kann, um einen optisch fließenden Übergang von Aussen nach Innen zu ermöglichen.*

*Für den öffentlichen Bereich gibt es Fliesen mit unterschiedlichen Rutschklassen. Dies bedeutet, dass die Oberflächen stärkere Strukturen haben, wodurch man bei Nässe oder Fett auf dem Boden weniger rutscht. Die Mindestanforderung für die Bereiche Foyer und Atrium sind R9. Die ausgewählte Feinsteinfliese soll mindestens die Rutschklasse 10 aufweisen.*

*Herr Zinn vom Architektenbüro Pool 2 wird in der Sitzung anwesend sein und die ausgewählte Bodenfliese samt Alternativen vorstellen. In diesem Zusammenhang wird er nochmals auf die komplette Farbauswahl der Bodenbeläge eingehen.*

#### **Beschlussantrag:**

*Der Bemusterung und Farbauswahl der Bodenbeläge für den Bereich Foyer und Atrium wird zugestimmt.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende Herrn Thomas Zinn vom Architekturbüro Pool2, der anhand von Mustern die vorgesehenen Bodenbeläge dem Gremium vorstellte.

Nach kurzer Aussprache stimmte der Gemeinderat der Bemusterung und der Farbauswahl der Bodenbeläge einstimmig zu.



## **5. Neubau Rathaus – Neugestaltung Marktplatz**

### **a) Auftragsvergabe Außenanlage**

### **b) Auftragsvergabe Betonmauer**

*Wir verweisen auf den in der Gemeinderatssitzung am 24.09.2010 gefassten Baubeschluss Neugestaltung Markplatz.*

*Die Außenanlagen wurden beschränkt ausgeschrieben. Es wurden 12 Firmen aufgefordert ein Angebot für die Außenanlage abzugeben. Bis zum Eröffnungstermin am 24.03.2011 um 10:00 Uhr sind 8 Angebote eingegangen. Nach Prüfung der eingegangenen Angebote ist die Fa. Biegert aus Leingarten günstigster Bieter. Die Angebotssumme beläuft sich auf 453.126,63 €.*

*Zwischenzeitlich wurde auch nochmals die Betonmauer beschränkt ausgeschrieben. Es wurden 8 Firmen aufgefordert ein Angebot für die Betonmauer abzugeben. Bis zum Eröffnungstermin am 05.04.2011 um 10:00 Uhr sind 5 Angebote eingegangen. Nach Prüfung der eingegangenen Angebote ist die Fa. Heizmann aus Osterburken günstigster Bieter. Die Angebotssumme beläuft sich auf 79.840,38 €.*

*Nach Auswertung aller vier Leistungsverzeichnisse (Kirchmauer, Betonmauer, Brunnenanlage und Außenanlage) liegt der Kostenanschlag bei brutto 798.675,71 € und damit 80.615,29 € unter der Kostenberechnung vom 24.09.2010. Darin enthalten sind auch bereits die anteiligen Honorarkosten.*

*Mit den Bauarbeiten zur Sanierung der Kirchenmauer wird in der 18. KW begonnen. Ab der 21. KW ist der Baubeginn der Betonmauer geplant. Im Anschluss daran wird ab der 25. KW mit den Außenanlagen begonnen. Der Baubeginn der Brunnenanlage soll in der 30. KW erfolgen. Die Fertigstellung der Gesamtanlage ist terminiert zum 31.10.2011.*

### **Beschlussantrag:**

- a) Mit dem Bau der Außenanlagen wird die Fa. Biegert aus Leingarten mit einer Angebotssumme brutto von 453.126,63 € beauftragt.*
- b) Mit dem Bau der Betonmauer wird die Fa. Heizmann aus Osterburken mit einer Angebotssumme brutto von 79.840,28 € beauftragt.*

Nach kurzer Diskussion wurden die Beschlussanträge a) und b) mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

## **6. Einführung einer kostenpflichtigen Betreuung 12-14 Uhr (Mittagsband) Montag bis Donnerstag an der Hans- Sauter- Schule**

*Ende August 2011 wird der in der MÜHLE bestehende Hort der Hans-Sauter-Schule (HSS) aufgelöst. Der Elternbeirat, das Kollegium sowie die Schulleitung der HSS wünschen sich für das kommende Schuljahr eine fortlaufende sinnvolle Betreuung und Förderung der Klassen 1 – 4 von Montag – Donnerstag im Zeitraum bis 14:00 Uhr. Somit kann dem Wunsch vieler Eltern nachgekommen werden Beruf und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen.*

*Nachdem ein Antrag auf Ganztagesesschule aufgrund der Schülerzahlen nicht genehmigungsfähig ist, wurde ein Angebot entwickelt das mit den Eltern auf deren Bedürfnisse abgestimmt ist.*

*Der Vorschlag der HSS wäre ein Mittagsband von Montag bis Donnerstag bis jeweils 14.00 Uhr mit kostenpflichtigem Mittagessen und kostenpflichtiger ergänzender Betreuung. Darüber hinaus findet an einem Nachmittag Unterricht bis 15:30 Uhr statt an den anderen Nachmittagen Angebote der Schule und Kooperationspartner bis jeweils 15:00 Uhr.*

*Am Freitag bietet die Schule ein ergänzendes Angebot von Unterrichtsende bis 13:00 Uhr.*

*Für die Umsetzung des Mittagsbandes sind 8 Erzieherinnenstunden pro Woche mit einem Kostenumfang von 8.960,-- Euro pro Jahr, 25,75 Stunden pro Woche Küchenpersonal für 18.600 Euro pro Jahr, 4 zusätzliche Wochenstunden Schulsekretärin für 4.200,-- Euro pro Jahr sowie zusätzlicher Reinigungsaufwand von 4 Wochenstunden mit einer Jahressumme von 3.550,-- Euro notwendig.*

*Die erforderlichen baulichen Veränderungen belaufen sich mit Einrichtung auf ca. 30.000,-- Euro.*

*Die Eltern müssen, sofern sie am Angebot teilnehmen möchten, ihr Kind an mindestens 2 Tagen verbindlich anmelden.*

*Bei den Elternbeiträgen schlagen wir vor in unserem Gebührenraster zu bleiben und die Gebühren der ergänzenden Betreuung zu Grunde zu legen.*

*Dies würde bedeuten dass aktuell z. B für eine Familie mit einem Kind unter 18 Jahren ein Monatsbeitrag, je nach Betreuungstagen, zwischen 26,10 Euro und 39.15 Euro anfallen würde.*

*Für das Mittagsband können wir im Rahmen der Verlässlichen Grundschule bzw. der flexiblen Nachmittagsbetreuung einen Zuschussantrag stellen.*

### **Beschlussantrag:**

- 1. Der Einführung einer kostenpflichtigen Betreuung ab dem Schuljahr 2011/2012 wird zugestimmt.*
- 2. Die Finanzierung erfolgt im Nachtragshaushalt 2011.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Steinbrenner den Rektor der Hans-Sauter-Schule Herrn Roland Mair, sowie Frau Corinna Weber von der MÜHLE und Frau Conny Schiffers vom Hauptamt.

Bürgermeister Steinbrenner erläuterte die Vorlage näher. Besonders ging er dabei auf die Raumsituation ein. Für das neue Angebot werde voraussichtlich ein Raum benötigt, der bisher der Jugendmusikschule zur Verfügung stand. Hierfür müsste ein Ersatzraum gefunden werden, was im Detail bei positiver Beschlussfassung noch geklärt werde.

In der anschließenden ausführlichen und emotionalen Diskussion fragte ein Redner an, ob es in der Hans-Sauter-Schule adäquate Ersatzräume für die Jugendmusikschule gebe.

Rektor Mair antwortete, dass dies auf die Ansprüche der Jugendmusikschule ankomme. Er erläuterte die derzeitige Raumnutzung der Jugendmusikschule und führte aus, dass der Raum der derzeit ausschließlich von der Jugendmusikschule genutzt werde nun für das Betreuungsangebot benötigt wird. Es gebe aber die Möglichkeit das Kernzeitenzimmer am Nachmittag der Jugendmusikschule zur Verfügung zu stellen. Die Instrumente könnten in Schränken untergebracht werden. Er betonte, dass er keinen Streit mit der Jugendmusikschule möchte. Es sei auch positiv, dass sich die Jugendmusikschule so toll entwickle. Trotzdem sollten die Interessen der Schule vorrangig sein.

Ein weiterer Redner machte darauf aufmerksam, dass auch die Jugendmusikschule einen öffentlichen Bildungsauftrag habe und deshalb noch mehr unterstützt werden sollte. Bürgermeister Steinbrenner entgegnete, dass niemand die Leistung der Jugendmusikschule anzweifle.

Ein anderer Redner war der Meinung, dass das Mittagsband dringend erforderlich sei und er deshalb dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Die Hans-Sauter-Schule werde durch dieses Angebot gestärkt.

Ein weiterer Redner machte eine kurze Ausführung zur rechtlichen Situation. Demnach müsse die Schulleitung einer anderweitigen Nutzung der Schulräume zustimmen. Auch sei er der Meinung, dass das Vorhaben nicht an der Raumfrage scheitern könne.

Er teilte weiter mit, dass die Genehmigung einer Ganztagschule möglich wäre. Man hätte den Antrag stellen müssen. Durch das Bezahlangebot entstehe eine Differenzierung beider Schulen. Dies sei nicht gut.

Herr Mair teilte dazu mit, dass der Leiter des Schulamts Heilbronn vor Ort gewesen sei und mitgeteilt habe, dass die Zahlen für eine Ganztagschule nicht ausreichen würden. Auch sei der Wunsch der Eltern nicht die Ganztagschule wie an der Eichbottschule, sondern eine Betreuung bis 14:00 Uhr.

Ein anderer Redner sprach sich für den Beschlussantrag aus. Es müsse möglich sein, dass die Instrumente untergebracht werden.

Auf Nachfrage teilte Frau Weber mit, dass die Teilnahme am Mittagessen an allen Tagen ca. 36 Euro koste und der Betrag nicht bei den Betreuungsgebühren enthalten ist.

Ein anderer Redner war verwundert über die Emotionen in der Diskussion. Eine vernünftige Lösung könne gefunden werden. Er sprach sich auch für eine Antragstellung auf Ganztagschule aus.

Bürgermeister Steinbrenner merkte an, dass das Mittagsband angesichts des bevorstehenden Wandels in der Schulpolitik als Brücke zu sehen sei. Man könne doch damit anfangen und dann sehen, wo es hingehet. Den Antrag auf Ganztagschule könne man dann immer noch stellen.

Ein weiterer Redner sprach sich deutlich für den Beschlussantrag aus. Dem Wunsch der Eltern sollte entsprochen werden, die nötigen Investitionskosten und laufenden Kosten müssen getragen werden. Eine Fraktionskollegin stimmte dem zu. Auch befürwortete sie die Alternative zur Ganztagschule.

Ein anderes Gemeinderatsmitglied meldete sich auch erstaunt über die Diskussion zu Wort. Es liege ein Beschlussantrag vor über den es zu entscheiden gilt und nicht über Belange des Untermieters.

Um die Diskussion zu beenden stellte Herr Gemeinderat Gernot Hagen den Antrag auf Abstimmung. Dieser wurde mit 12 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Über die Beschlussanträge 1. und 2. wurde getrennt abgestimmt.

Beschlussantrag 1. wurde mit 14 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen beschlossen, wobei Herr Gemeinderat Fick an der Abstimmung nicht teilnahm.

Beschlussantrag 2. wurde mit 14 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen angenommen. Die Herren Gemeinderäte Fick und Brame nahmen an der Abstimmung nicht teil.

## 7. Verlängerung des Nutzungsvertrags mit der Stephen-Hawking-Schule Neckargemünd

*Mit Schreiben vom 02. Februar 2011 hat die Stephen-Hawking-Schule Neckargemünd angefragt, ob der bestehende Nutzungsvertrag über eine Außenklasse in der Eichbottschule für weitere 5 Jahre verlängert werden kann. Dieses Schreiben wurde am 18. Februar 2011 dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben.*

*Die Eichbottschule wurde um Stellungnahme aus schulischer Sicht gebeten. Die Stellungnahme vom 16. März 2011 wurde dem Gemeinderat am 25. März 2011 ausgehändigt.*

*Die Verwaltung spricht sich grundsätzlich für eine Verlängerung des bestehenden Nutzungsvertrages aus, nachdem die Eichbottschule Leingarten bestätigt hat, dass sie die Räumlichkeiten selbst nicht benötigt.*

*Die Stephen-Hawking-Schule ist seit 2001 in Leingarten in der Eichbottschule untergebracht. Seit dem Jahr 2005 gibt es im Landkreis eine Außenklasse in Neuenstadt a. K. und seit 2010 in Bad Wimpfen. Ein Vergleich mit den beiden anderen Standorten hat gezeigt, dass die 2001 erstmals erhobenen und seither nicht fortgeführten Entschädigungskosten für die belegten Räume weder kostendeckend noch zeitgemäß sind. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Entschädigung den anderen Kommunen anzupassen.*

### Beschlussanträge:

- 1. Dem Antrag auf Verlängerung des Nutzungsvertrags der Stephen-Hawking-Schule Neckargemünd zur Einrichtung einer Außenklasse an der Eichbottschule Leingarten für weitere 5 Jahre wird zugestimmt.*
- 2. Die Entschädigung für die Inanspruchnahme der Räume wird auf 2.400 €/Jahr festgelegt.*

Nach kurzer Aussprache wurde dem Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

**8. Friedhof Großgartach und Schluchtern**  
**Alternative Bestattungsformen**  
**-Planungsauftrag-**

*Aufgrund des Wandels in der Bestattungskultur in unserer Gesellschaft hat sich die Verwaltung vom Büro H + H Birke Hörner aus Ludwigsburg ein Angebot zur Erstellung einer Friedhofskonzeption –alternative Bestattungsformen- vorlegen lassen.*

*Frau Hörner hat sich am 07.02.2011 bei der Verwaltung vorgestellt und am 15.02.2011 ein Angebot vorgelegt. Das Angebot für das Konzept beläuft sich auf 8.000,-- € Brutto.*

*Die Firma H + H hat gute Referenzen und im Umfeld von Leingarten mehrere Friedhöfe gestaltet. Aufgrund des Wunsches des Gemeinderates in der Sitzung vom 18.02.2011 wird Frau Hörner die Firma präsentieren.*

**Beschlussantrag:**

*Die Firma H + H erhält den Planungsauftrag zur Erstellung eines Friedhofskonzepts –alternative Bestattungsformen- zum Pauschalpreis von 8.000,-- € Brutto.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Steinbrenner Frau Birke Hörner vom Büro H + H Birke Hörner aus Ludwigsburg. Frau Hörner stellte anschließend sich und ihr Unternehmen dem Gremium vor. Nach kurzer Aussprache wurde der Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig beschlossen.

## 9. Änderung der Parkraumsituation bei der Heuchelberger Warte

*Auf die Initiative des Gemeinderats fand am 16. März 2011 mit den Fraktionsvorsitzenden und den Wirtsleuten der Heuchelberger Warte eine Besprechung zum Thema Verkehrssituation im Rathaus Leingarten statt. Hierbei wurde vereinbart, dass die Verwaltung mit dem Förster eine Vorortbesichtigung vornehmen soll um Lösungsansätze aufzuzeigen. Am 29. März 2011 fand die Begehung der Verwaltung gemeinsam mit Herrn Förster Hey und Herrn Bauhofleiter Michael Brenner statt. Folgende Punkte wurden hierbei thematisiert:*

- 1. Auf der Südseite des auf dem Heuchelbergkamm verlaufenden asphaltierten Feldwegs gibt es zahlreiche Vertiefungen und Löcher. Diese gefährden mittelfristig den Zustand des Feldwegs und sind deshalb zu beseitigen. Nachdem zwischenzeitlich geklärt wurde, dass dieser Bereich des Bankettstreifens sich im Eigentum der Gemeinde Leingarten befindet, schlägt die Verwaltung deshalb vor, diesen Bereich zu sanieren. Die Mittel werden aus dem Haushaltsansatz Feldwegeunterhaltung im Haushalt 2011 finanziert. Die Zuständigkeit liegt hierfür bei der Verwaltung.*
- 2. Auf Vorgabe der Müllentsorgungsfirma können die 1,1 cbm Behälter der Heuchelberger Warte nicht mehr im oberen Bereich beim Gebäude, sondern westlich der Zufahrt beim asphaltierten Feldweg abgestellt werden. Die Wirtsleute haben hierzu angefragt, ob die Gemeinde zustimmen würde, hier eine Einhausung in die Böschung einzubauen. Diese wird dann mit Holz verkleidet und naturnah gestaltet, so dass das optische Bild in diesem Bereich deutlich aufgewertet wird.*
- 3. Eine Erweiterung des bestehenden Parkplatzes im Wald Richtung Westen bis zum angrenzenden Weg würde eine Fläche von ca. 150 m<sup>2</sup> schaffen. Hierzu müssten vier kleinere Bäume entfernt werden. Nach Ansicht von Herrn Förster Hey wäre dies unproblematisch. Die Wirtsleute haben sich auch verpflichtet, entsprechende Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Die Fläche von ca. 150 m<sup>2</sup> würde auf Kosten der Wirtsleute arrondiert werden und wie der bisherige Parkplatz mit einem Splittbelag überzogen. Die Entfernung der Bäume und Vermarktung des Holzes würde die Gemeinde Leingarten übernehmen.*

### Beschlussantrag:

- 1. Der Einhausung der Müllcontainer in die Böschung westlich der Zufahrt zur Heuchelberger Warte wird zugestimmt.*
- 2. Der Erweiterung des bestehenden Parkplatzes um 150 m<sup>2</sup> wird zugestimmt. Die Kosten hierfür übernimmt der Pächter.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Steinbrenner den Pächter der Heuchelberger Warte, Herrn Jürgen Wieland, sowie den zuständigen Förster Herrn Jens Hey.

In der anschließenden Diskussion wurde über das Thema Verkehr auf dem Heuchelberg kontrovers diskutiert, wobei den Beteiligten klar war, dass eine optimale und zufrieden stellende Lösung für alle Parteien nicht gefunden werden kann.

Ein Mitglied des Gremiums merkte an, „wer Parkplätze baut wird Fahrzeuge ernten“. Der Redner erkundigte sich, wie viele Mitarbeiter-Parkplätze benötigt werden.

Herr Wieland erwiderte, dass an einem Samstag 25 Mitarbeiter benötigt werden. Ca. 10 Genehmigungen seien für Feiern nötig.

Ein anderes Gemeinderatsmitglied sprach sich für die vorgeschlagene Lösung aus. Diese trage positiv für alle dazu bei, die Situation zu verbessern.

Ein weiterer Redner fügte hinzu, dass ein Parkstreifen für Liefer- und Müllfahrzeuge nötig wäre. Er sprach sich ebenfalls für die Maßnahme aus. Eine 100%-Lösung werde es nie geben.

Förster Jens Hey führte zum Thema aus, dass er die Erholungs-, Schutz- und Nutzfunktion des betroffenen Waldstücks betrachten müsse. Aus seiner Sicht gebe es hier keine Probleme. Die vorgeschlagene Lösung, sei

seiner Meinung nach geschickt. Einen Parkstreifen entlang des Waldes sehe er etwas kritisch wegen der Richtung des Baumwuchses. Hier könnte es Schwierigkeiten mit der Verkehrssicherungspflicht geben.

Im Lauf der Aussprache stellte Herr Gemeinderat Eitel den Antrag, dass nach dem kurzen Parkstreifen ein Schild „absolutes Halteverbot“ angebracht werden soll.

Bürgermeister Steinbrenner schlug vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrsschau zu setzen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

In der abschließenden Abstimmung wurde der Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig angenommen.

## **10. Vorstellung der neuen Homepage der Gemeinde Leingarten**

### **- Zustimmung -**

Frau Dagmar Krieg, Mitarbeiterin im Hauptamt, stellte dem Gremium in groben Zügen die überarbeitete Homepage der Gemeinde Leingarten vor. Dabei ging sie auf Design und Layout, sowie die wesentlichen Neuerungen der Seiten ein. Sie informierte das Gremium darüber, dass aufgrund der zunehmenden Social Media – Nutzung, wie facebook, twitter und wer-kennt-wen, zukünftig geplant sei, auch bei facebook die Gemeinde Leingarten zu präsentieren sowie über Aktuelles und Veranstaltungen zu informieren.

In der kurzen Aussprache äußerten sich mehrere Gremiumsmitglieder positiv über die neuen Seiten. Nach Klärung einiger Fragen stimmte der Gemeinderat der neuen Homepage einstimmig zu.



## **11. Erneuerung des Sportbodens der Sporthalle Eichbott** **- Baubeschluß -**

*Wir verweisen auf die bereits vorgelegten Aktenvermerke vom 13.08.2010, 01.03.2011 und 17.03.2011.*

*Am ersten Ferientages der Sommerferien 2010 wurde das Bauamt durch ein Vereinsmitglied des SVL informiert, dass sich im hinteren Hallendrittel der 3 – teiligen Sporthalle an zwei Stellen zu Wölbungen des Sportbodens gekommen ist. Die Vermutungen, dass es sich hierbei um Feuchtigkeitsschäden handelt, wurden durch Messungen des Feuchtegehalts des Sportbodens vor Ort bestätigt. Wo genau die Feuchtigkeit herkommt, hätte man nur durch den Ausbau des betroffenen Hallendrittels festgestellt werden können.*

*Im Haushaltsplan 2011 auf der Seite 105 wurden für die komplette Erneuerung des Sportbodens samt Prallwand an den Stirnseiten 199.000 € eingestellt. Zusätzlich sind für den Einbau eines Elektroantriebs für die Tribüne auf der Seite 166 48.000 € veranschlagt.*

*In diesem Zusammenhang wurde auch eine Förderantrag „kommunale Sportförderung“ gestellt. Mit einer Entscheidung kann frühestens Ende April 2011 gerechnet werden. Ausgehend von einer 30 % Förderung ergibt sich ein möglicher Zuschuss von 57.600 € (ohne Prallschutz und Tribüne).*

*Zwischenzeitlich fanden mit den Vertretern der örtlichen Sportvereine und Schulen Gespräche über die zukünftigen Anforderungen in Hinblick auf die Ausstattung, Markierungen und Farbgestaltung des neuen Sportbodens statt.*

*In Übereinstimmung mit allen Vertretern der Vereine und Schulen sowie der Verwaltung wurde gemeinsam folgender Farbton für den Oberbelag festgelegt:*

**Armstrong DLW – Linodur Sport – Nr. 6151-42 Stony brown**

*Für die Erneuerung des Teppichbelags an den Stirnseiten wurde folgender Farbton festgelegt:*

**Mawi Tex GmbH – Prallschutz – Velours 2000 – topas 2014 (braunton)**

*Bezugnehmend auf den festgelegten Terminplan sollen bis Ende der Sommerferien 2011 die Erneuerungsmaßnahmen abgeschlossen sein. Die größte Problematik der Maßnahme stellen die Feuchtigkeitseintritte unterhalb des Sportbodens dar. Diese beeinflussen letztendlich den zeitlichen Ablauf der Umsetzung.*

*Aus diesem Grund plant die Verwaltung schnellstmöglich nach Bekanntgabe des Förderbescheids ob er nun positiv oder negativ beschieden wird die beschränkte Ausschreibung zu starten.*

*Ansonsten müsste aus Sicherheitsgründen das hintere Hallendrittel bis zur Realisierung der Maßnahme gesperrt werden.*

*Die Vergabe der geplanten Baumaßnahme soll dann bereits am 09.06. 2011 erfolgen. Der geplante Baubeginn ist auf den 27.06.2011 terminiert.*

### **Beschlussantrag:**

- a) *Die Erneuerung des Sportbodens in der Sporthalle Eichbott wird durchgeführt.*
- b) *Die Erneuerungsmaßnahmen dürfen erst beschränkt ausgeschrieben werden, wenn der Förderbescheid vorliegt.*
- c) *Die Maßnahme wird auch dann durchgeführt, wenn der Bescheid negativ ausfällt.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab der Vorsitzende bekannt, dass ein positiver Zuschussbescheid über 53.000 Euro Anfang Mai erwartet werde.

In der kurzen Aussprache wurde darüber diskutiert, ob auf dem neuen Hallenboden möglich ist ein Klebeband aufzubringen.

Die Verwaltung betonte mehrmals, dass dies laut Hersteller nicht zulässig ist, da dadurch das Material des Bodens angegriffen werde.

In der Abstimmung wurde der Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig genehmigt.

## **12. Erneuerung Wege (Restfläche) Friedhof Schluchtern** **- Auftragsvergabe -**

*Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 18. Februar 2011 beschlossen, die Wege (Restflächen) im Friedhof Schluchtern zu erneuern.*

*Die Bauarbeiten wurden zwischenzeitlich beschränkt ausgeschrieben. Es wurden 7 Firmen aufgefordert ein Angebot abzugeben. Bis zum Eröffnungstermin am 05.04.2011 sind 5 Angebote eingegangen. Nach Prüfung der Angebote ist die Fa. Biegert aus Leingarten einer Bruttoangebotssumme von 45.225,95 € günstigster Bieter.*

*Im Haushaltsplan 2011 sind auf der Seite 124 für die Erneuerung der schadhaften Wege (Rest) 25.000 € eingestellt. Die Kostendifferenz zwischen dem Haushaltsansatz und dem Angebot der Fa. Biegert lässt sich teilweise begründen, dass die Breiten der Hauptwege (Befahrbarkeit) vergrößert und die Bauabschnitte (BA 2 + BA 4) zusätzlich in der Ausschreibung berücksichtigt wurde. Auch der Haushaltsansatz in Höhe von 25.000 € war zu optimistisch angesetzt.*

*Um die geplanten Baukosten zu reduzieren besteht die Möglichkeit die Bauabschnitte 2 und 3 in Höhe von ca. 16.000 € entfallen zu lassen. Der Bauabschnitt 3 ist noch in einem verhältnismäßig guten Zustand; der Bauabschnitt 2 war nie berücksichtigt, da langfristig eine Überplanung des Grabfeldes geplant und ein Rückbau des Pflasterweges als Splittweg angedacht war.*

*Die Verwaltung ist jedoch der Meinung die Wegeerneuerung im Friedhof Schluchtern 2011 endgültig abzuschließen und schlägt vor die Wegeerneuerung (BA 1 – 5) wie ausgeschrieben durchzuführen.*

*Somit ergeben sich Gesamtbaukosten (Kostenanschlag), einschließlich Honorar in Höhe von 51.828,67 € brutto.*

*Die entstehenden Mehrkosten in Höhe von 26.828,67 € werden über den Nachtragshaushalt 2011 finanziert.*

*Die Baumaßnahme soll zwischen Juni – Juli 2011 durchgeführt werden.*

### **Beschlussantrag:**

- 1. Die Arbeiten zur Erneuerung der Wege (Restfläche) im Friedhof Schluchtern werden an die Firma Biegert aus Leingarten mit einer Bruttoangebotssumme von 45.225,95 € vergeben.*
- 2. Die Mehrkosten in Höhe von 26.828,67 € werden über den Nachtragshaushalt 2011 finanziert.*

Ohne Diskussion stimmte das Gremium dem Beschlussantrag der Verwaltung einstimmig zu.

### **13. Bestellung von Frau Sina Weiß und Frau Iris Bauer zu Standesbeamtinnen, Beschränkung der Bestellung von Frau Heike Rienth auf die Funktion der Eheschließungsstandesbeamtin**

*Hauptamtsleiterin Sina Weiß soll zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten bestellt werden. Frau Iris Bauer, die schon bisher die Vertretung im Standesamt als Sachbearbeiterin wahrgenommen hat, soll zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten bestellt werden. Die Bestellung von Frau Heike Rienth soll auf die Funktion der Eheschließungsstandesbeamtin beschränkt werden.*

*Zuständig für die Bestellung ist die Gemeinde, Anzeige beim Landratsamt Heilbronn ist erforderlich.*

*Die Eignung für das Amt der Standesbeamtin/des Standesbeamten bestimmt sich nach den Vorgaben des § 1 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personen-standsgesetzes LVOPStG, zuletzt geändert durch Verordnung vom 28.09.2009 (Gbl. S 537).*

*Mit Inkrafttreten dieser Verordnung haben sich die fachlichen Anforderungen und die Fortbildungspflichten für die Standesbeamten/Standesbeamtinnen geändert. Darüber hinaus wird mit der geänderten Durchführungsverordnung die Funktion eines Eheschließungs-Standesbeamten geschaffen, dieser ist von der Fortbildungspflicht befreit.*

*Frau Weiß besitzt mit der Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst die erforderliche berufliche Qualifikation, Sachbearbeiterkenntnisse im Standesamt sind ausreichend vorhanden. Das zwei-wöchige Einführungsseminar für Standesbeamte, bei der Akademie für Personenstandswesen in Bad Salzschlirf wird vom 04.04.2011 bis 15.04.2011 absolviert. Fortbildungspflicht besteht.*

*Frau Iris Bauer besitzt mit der Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten in der Kommunalverwaltung, sowie durch die mehrjährige Vertretung der Sachbearbeiterstelle im Standesamt die notwendige berufliche Qualifikation. Das zweiwöchige Einführungsseminar für Standesbeamte wird in der Zeit vom 04.04.2011 bis 15.04.2011 absolviert. Fortbildungspflicht besteht.*

*Frau Heike Rienth wurde mit Wirkung vom 26.02.1990 zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten bestellt, die fachliche Qualifikation ist vorhanden, die Bestellung zur Standesbeamtin soll auf die Funktion der Eheschließungsstandesbeamtin beschränkt werden, dadurch entfällt die Fortbildungspflicht.*

#### **Beschlussantrag:**

- 1. Frau Sina Weiß wird zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten bestellt;*
- 2. Frau Iris Bauer wird zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten bestellt;*
- 3. Die Bestellung von Frau Heike Rienth zur Standesbeamtin des Standesamtsbezirks Leingarten wird beschränkt auf die Tätigkeit der Eheschließungsstandesbeamtin.*

In der kurzen Aussprache stellte ein Redner die Frage, ob richtig sei, dass gleich geschlechtliche Ehen nur im Landratsamt geschlossen werden können.

Hauptamtsleiterin Frau Weiß bestätigte, dass dies im Landesrecht so geregelt sei, dass nur das Landratsamt diese Ehen schließen darf.

In der Abstimmung wurde der Beschlussantrag einstimmig angenommen.

## **14. Bekanntgaben**

### **a) Nichtöffentliche Beschlüsse**

Die nichtöffentlichen Beschlüsse der Gemeinderatssitzung am 25. März 2011 wurden im Amtsblatt der Gemeinde am 7. April öffentlich bekannt gemacht.

### **b) Spenden**

Folgendes Spendenangebot ist bei der Gemeinde Leingarten eingegangen:

Für Jugendwettbewerb in den beiden Schulen in Leingarten  
Spende der VBU Volksbank im Unterland von jeweils 150,- EUR

Die Spende wurde dankend angenommen.

### **c) Planungsstand L 1105 Südostumfahrung Leingarten**

Bürgermeister Steinbrenner teilte dem Gemeinderat mit, dass das Regierungspräsidium Stuttgart per Mail mitgeteilt habe, dass der Vorentwurf gemäß RE am 02.03.2011 dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zur Genehmigung vorgelegt wurde.

### **d) Neubau der 110-kV-Hochspannungsfreileitung Großgartach**

Dem Gremium wurde bekannt gegeben, dass im Bereich des Umspannwerks ein 110-kV-Abspannmast gebaut wird.

### **e) Zusätzliche Gemeinderatssitzung am 05.05.2011**

Bürgermeister Steinbrenner teilte dem Gemeinderat mit, dass am Donnerstag, 05.05.2011 eine zusätzliche Gemeinderatssitzung aufgrund des Rathausneubaus nötig ist.

## **15. Anfragen**

### **a) Gemeinderatssitzung am 05. Mai**

Ein Redner bat darum die zusätzliche Sitzung am 05. Mai zu verschieben, da hier eine ökumenische Kirchengemeinderatssitzung anberaumt sei.

Ein Gremiumsmitglied informierte daraufhin, dass diese Sitzung ausfalle.

### **b) Streitkultur im Gemeinderat**

Eine Rednerin sprach die derzeitige Streitkultur im Gremium an. Sie bat darum sich zukünftig etwas toleranter zu zeigen. Auch sollten angemeldete Wortbeiträge abgearbeitet werden dürfen.

### **c) Antrag auf Ganztagschule**

Eine Rednerin bekräftigte, dass sie sich auch dafür ausspreche den Antrag auf Ganztagschule an der Hans-Sauter-Schule zu stellen.

Auf Nachfrage der Rednerin, teilte die Verwaltung mit, dass das Mittagsband nicht nur der 1. Klasse sondern von Klasse 1 bis 4 angeboten wird. Auch die Einrichtung der Küche werde entsprechend der Schülerzahlen vorgenommen.

### **d) Bericht der Feuerwehr zum Unwettereinsatz am 06.06.2010**

Ein Redner wünschte die Bekanntgabe des Berichts der Feuerwehr Leingarten zum Unwettereinsatz am 06.06.2010.

Bürgermeister Steinbrenner sagte zu diesen zu besorgen.

**Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:**

Personalangelegenheiten:

Stellenbesetzung Hausmeister:

Bürgermeister Steinbrenner gab bekannt, dass sich die Verwaltung und der Personalrat einstimmig für Herrn Rainer Hopfensitz entschieden habe.

Der Gemeinderat stimmte einem von Bürgermeister Steinbrenner vorgeschlagenen Vergleich in einem Rechtsstreit mit einer Arbeitnehmerin einstimmig zu.

Stelle Bürgerbüro:

Bürgermeister Steinbrenner gab bekannt, dass 58 Bewerbungen eingegangen sind, davon seien 14 aus Leingarten und 7 mit einer Verwaltungsausbildung. 8 Bewerber/Innen seien zu Vorstellungsgesprächen Anfang Mai eingeladen.

Grundstücksangelegenheiten:

Dem Verkauf einer Bauplatzteilfläche im Gewerbegebiet wurde einstimmig zugestimmt.

Eine Kaufoption für eine Bauplatzteilfläche im Gewerbegebiet wurde mit 12 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Dem Verkauf eines Bauplatzes im Gewerbegebiet wurde mit 14 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Einige Bekanntgaben und Anfragen beschlossen die Sitzung.